

Söder will tief in die Staatskasse greifen

Nun kommt sie also, die Gaspreisbremse des Bundes. Unternehmen und Bürger*innen sollen mit einer Einmalzahlung im Dezember und anschließend mit gedeckelten Preisen für einen Großteil ihres Verbrauchs entlastet werden. So hat es eine Expertenkommission der Bundesregierung vorgeschlagen. CSU und Freie Wähler im Landtag haben aber schon eine große Lücke in dem Hilfsprogramm ausgemacht. Nicht ausreichend bedacht würden Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehakliniken sowie medizinische und pflegerische Einrichtungen. Die beiden Koalitionsfraktionen fordern deshalb die Staatsregierung auf, beim Bund „mit Vehemenz“ darauf zu drängen, dass auch Kliniken entlastet werden.

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft schätzt die Mehrausgaben für Energie bei den rund 400 Kliniken im Freistaat allein in diesem Jahr auf rund 500 Millionen Euro, 2023 gar auf über eine Milliarde. Da viele Krankenhäuser ohnehin schon in den roten Zahlen sind, gehe das an die Existenz. Der CSU-Abgeordnete Bernhard Seidenath warnte im Landtag vor einer „Insolvenzwelle“ bei Krankenhäusern sowie Reha- und Pflegeeinrichtungen, wenn der Bund nicht rasch Hilfsmaßnahmen beschleße.

Für die bayerischen Ampel-Ableger sind solche Wortmeldungen und auch der plakative Dringlichkeitsantrag „reine Spiegelfechterei“. Die Bundesregierung sei sich ihrer Verantwortung bewusst und handle, be-

tonte Ruth Waldmann (SPD). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) habe zugesagt, dass Kliniken, medizinische und pflegerische Einrichtungen ebenfalls unter den Schutz der Gaspreisbremse gestellt würden. Für weitere Bedarfe habe Lauterbach einen zusätzlichen Hilfsfonds in Aussicht gestellt. Matthias Fischbach (FDP) ergänzte, der Bund sei „mit voller Geschwindigkeit“ an der Thematik dran. Dass vor allem die CSU vor diesem Hintergrund den Aufstand probe, hält er für „nicht überzeugend“.

Ministerpräsident Markus Söder (CSU) erwägt derweil, den von ihm angekündigten bayerischen Härtefallfonds zur Entlastung von den hohen Energiepreisen auf bis zu eine

Milliarde Euro zu verdoppeln. Die bislang vorgesehenen 500 Millionen Euro müssten „nicht das Ende der Fahnenstange“ sein, erklärte Söder diese Woche. Offenbar geht er davon aus, dass der Bund den Forderungen der Landtagsmehrheit bestenfalls in Ansätzen nachkommen wird. Deshalb sei für den Fall der Fälle geplant, dass der Freistaat sozialen Einrichtungen, Kliniken, Kultur, Sport und Vereinen beispringe. Das genaue Volumen dieses Bayern-Pakets werde auf einer Haushaltsklausur der Staatsregierung im November festgelegt. Wie die Hilfen finanziert würden, hänge von der nächsten Steuerschätzung ab. Ein Aussetzen der Schuldenbremse in Bayern schloss Söder nicht aus. > JÜRGEN UMLAUFT